

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden
Verleger: Carl Neubauer
Redaktion: Dresden, K. L. Str. 10/11

Bezugspreis: In Dresden monatlich 1,40 M., vierteljährlich 4,20 M., halbjährlich 7,80 M., jährlich 14,40 M. (einschließlich 10% MwSt.)
Abbestellung: Bis zum 1. Oktober d. J. bis zum 1. Oktober d. J. bis zum 1. Oktober d. J.

Abbestellung: Bis zum 1. Oktober d. J. bis zum 1. Oktober d. J. bis zum 1. Oktober d. J.

Drohende Spaltung der Sozialdemokratie

„Sozialistische Arbeiterpartei“ in Zwickau und Breslau

Berlin, 24. Sept. (Fig. Draht.) Am Dienstag dieser Woche hatte sich bekanntlich der sozialdemokratische Parteivorstand mit den Sonderorganisationen innerhalb der Sozialdemokratie befaßt und unter anderem festgestellt, daß die Mitarbeit an der Zeitschrift „Die Fackel“ mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie unvereinbar sei. Diese Zeitschrift war von den neun Reichstagsabgeordneten Max Seydewitz, Dr. Kurt Rosenfeld, Heinrich Siebhel, Riegler, Portune, Dettlinghaus, Stiehm, Graß und Kuhn ins Leben gerufen worden. Diese neun Abgeordneten hatten sich bei der Abstimmung über den Panzerkreuzer auch von der übrigen Partei getrennt. Wie nun das „D. T.“ erklärt, werden

Partei diskutiert. Sie soll, falls es zu ihrer Gründung kommt, den Namen „Sozialistische Arbeiterpartei“ tragen. Ihre Gründer rechnen damit, daß die Bezirke Zwickau und Breslau sich von der SPD. wenden und sich der neuen Partei anschließen werden.

Mit der Spaltung tritt ein schon lange währender Kampf in eine neue Phase. Der Abg. Paul Lewi, der sich 1921 von der kommunistischen Partei getrennt und zunächst den Unabhängigen angeschlossen hatte, mit denen er dann zur neugegründeten SPD. überging, war der eigentliche Führer des schon lange unzufriedenen Flügel. Mit seinem Tode trat in den Bestrebungen dieses Flügels zunächst eine gewisse Stockung ein, jedoch fand die Bewegung, die namentlich aus der Stellung der Sozialdemokratie gegenüber dem Kabinett immer neue Nahrung fand, die Kraft, sich zu erhalten und sogar weiter zu entfalten. Auf dem Vorpolegungsparteitag entbrannte der Kampf zwischen den leitenden Organen der Partei und der Opposition mit großer Schärfe. Man wird darauf gespannt sein können, ob diese Spaltung aus der SPD. eine neue Spaltung der Partei einleitet wird, oder ob es den Bemühungen des Parteivorstandes gelingen wird, eine solche Spaltung zu verhüten.

von diesen neun Abgeordneten nur die beiden Abgeordneten Graß und Kuhn sich dem am Dienstag gefassten Beschlusse fügen, während die übrigen sieben Abgeordneten sich dem Parteibeschluß nicht unterwerfen wollten. Die „Fackel“, die ihr Erscheinen hätte einstellen müssen, wenn die sogenannte Linke Opposition innerhalb der Sozialdemokratie sich dem Beschluß des Parteivorstandes angeschlossen hätte, wird am Freitag in einer neuen Nummer den Standpunkt der sich widersprechenden Abgeordneten und ihrer Mitarbeiter erläutern. Wie das „D. T.“ hört, wird bereits der Name einer neuen

Krieg in Fernost

Während die europäischen Völker im Ringen mit dem wirtschaftlichen Chaos schon buchstäblich zum Teil um das nackte Leben kämpfen, hat sich der alte Streit der ostasiatischen Völker, Japan und China, um die chinesische Mandschurei, die Mandchurie, schon so verschärft, daß selbst außerhalb des ratlosen Völkerbundes zur Zeit niemand sagen kann, wie der drohende Brand eines blutigen Krieges im Fernen Osten noch rechtzeitig eingedämmt werden soll. Es ringt zunächst ziemlich harmlos an. Wegen eines unbedeutenden Zwischenfalles besetzten die Japaner Tsingtau. Das haben sie im Verlauf des letzten Jahrzehnts schon wiederholt getan, die Stadt aber auf angelegentlichem Druck immer wieder geräumt. So achtete in dem sorgengebelagerten Europa zunächst niemand auf den kleinen, beinahe alltäglichen Zwischenfall. Aber diesmal führten die Japaner mehr im Schilde, als eine untergeordnete Strafexpedition. Die Japaner marschierten unaufhaltsam weiter, und sie näherten sich bereits dem an einem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt gelegenen Chardin. In dem Augenblick, wo Chardin von ihnen besetzt wird, wird ein gefährlicher Kriegszustand unvermeidlich sein. Denn damit berühren die Japaner die russische Interessensphäre und machen sich außer China auch Rußland zum Feind. Das dort Interessensphäre kennzeichnet die besonderen Verhältnisse in der Mandchurie.

Politisch gehört das Land China, aber der Norden steht unter dem wirtschaftlichen Einfluß Rußlands und der Süden unter dem Japans. Jeder der drei Staaten glaubt Befugnisse auf die große chinesische Mandschurei mit gutem Recht geltend machen zu können. Besonders Japan und China, beide in ihrem Kernland überbevölkert, sehen in der außerordentlich dünnbevölkerten Mandchurie das Land der Zukunft, ein fruchtbares Siedlungsgebiet, das zudem dank seiner reichen aber noch ungehobenen Bodenschätze aller Art einer bedeutenden industriellen Zukunft entgegengeführt werden könnte. Man versteht den großen Anreiz, den das Land auf Japan und Rußland ausübt, vor allem auf das erstere, das, seitdem es seine Stellung im russisch-japanischen Krieg gefestigt hat, planmäßig von seiner koreanischen Kolonie auf dem Festland das Land vom Süden her wirtschaftlich durchdrungen hat. Es hat in die Südmandschurei bereits 2 Milliarden Yen gesteckt und seine wirtschaftliche und militärische Stellung durch den Bau der südmandschurischen Eisenbahn und die an ihrem Weg entstandenen industriellen Unternehmungen befestigt. Trotzdem war die Südmandschurei unbestreitbar seit je, wenigstens formell, ein Teil des Reiches der Mitte. Aber China hatte sich durch seine inneren Wirren und den noch vor einem Jahrzehnt fast menschenleeren Raum kaum gekümmert. Als die Japaner die Südmandschurei wirtschaftlich aufzuschließen begannen, setzte gleichzeitig eine wahre Völkerwanderung von Millionen chinesischer Einwanderer ein. Während die Japaner Fabriken und Schienenwege anlegten, besiedelte der äußerst genügsame, aber chinesische Bauer das ganze Land. Heute leben dort rund 25 Millionen Chinesen und nur 200.000 Japaner. Die Mandchurie ist damit nicht nur formell, sondern auch bevölkerungspolitisch chinesisch geworden. Aber das Land könnte noch ungezählte Millionen ernähren. Kein Wunder, daß Japan angesichts des Zustroms chinesischer Einwanderer bestrebt war, seinen Einfluß für alle Zeiten zu sichern. Auf friedlichem Wege schien das aber unmöglich, Chinas wachsende Volkskraft mußte schließlich das Rennen machen. Nur durch die tatsächliche politische Besitzergreifung konnte der stillen Ueberflutung der Mandchurie durch die chinesischen Bauern Einhalt getan werden. Gründe dafür liegen sich finden. Ein Streitpunkt war schon seit vielen Jahren gegeben. Die Chinesen hatten dem wirtschaftlichen Eroberer der Japaner nicht untätig zugehört, sondern als Gegengewicht gegen die südmandschurische Bahn eine Konkurrenzbahn gebaut, die dem japanischen Unternehmen empfindlichen Abbruch tat. Die Japaner behaupten nun, die chinesische Konkurrenzbahn verstoße gegen irgendwelche längst vermoderte Abmachungen von einst, und rechtfertigen damit ihren Vormarsch, durch den nach den Worten des chinesischen Vertreters beim Völkerbund, Sze, bereits ein Gebiet besetzt wurde, das größer ist, als das britische Inselreich, einschließlich Irlands. Selbst wenn Japan seine Truppen wieder zurückziehen sollte, so ist so gut wie sicher, daß von der Japans Monopolstellung be-

Schwerer Schlag für den Abrüstungsgedanken

Frankreich lehnt einen Abrüstungswaffenstillstand ab

Genf, 24. Sept. Der Vertreter Frankreichs im Abrüstungsausschuß des Völkerbundes, Massigli, gab am Donnerstag den Standpunkt seiner Regierung zu dem italienischen Vorschlag auf sofortigen Abschluß eines Abrüstungswaffenstillstandes bis zum Abschluß der Abrüstungskonferenz bekannt.

Die französische Regierung lehnt diesen Vorschlag, wie allgemein erwartet wurde, rundweg ab. Sie fordert, die Verhandlungen über diesen Vorschlag auf die kommende Abrüstungskonferenz zu verschieben. (11)

Massigli führte zur Begründung seines Standpunktes aus, er wolle zwar an die Ehrlichkeit und Objektivität des italienischen Vorschlages glauben, er müsse sich aber fragen, ob dieser Vorschlag dem angestrebten Ziel entsprechen und nützlich sei. Es müsse aufs allerhöchste abgelehnt werden, daß die Welt in der ganzen Welt herrschende Nervosität auf den gegenwärtigen Stand der Rüstungen einiger Länder zurückzuführen sei. Diese Nervosität sei vielmehr auf Dinge zurückzuführen, die die unmittelbaren politischen Interessen der Völker betreffen. Sie ständen in keinerlei Zusammenhang mit einem

Aussicht auf Annahme habe und schlug vor, einen Appell an alle Regierungen zu richten, bis zur Abrüstungskonferenz sich von jeder Erhöhung ihrer Rüstungen zu enthalten.

Der Vertreter der kanadischen Regierung wies darauf hin, daß, wenn nicht einmal eine Einigung über den Abrüstungswaffenstillstand zu erzielen sei, dann erst recht eine Einigung über die allgemeine Herabsetzung der Rüstungen.

Ein neuer italienischer Vorschlag

Der italienische General Marinis stellte einen neuen italienischen Vorschlag zur Verhandlung, nach dem die Völkerbundversammlung einen feierlichen Appell an alle diejenigen Mächte richten, die die Grundzüge der Gerechtigkeit und des Friedens durchzuführen bereit sind, um auf diese Weise eine öffentliche Meinung zu schaffen, die auf die Abrüstungskonferenz in der Richtung praktischer Ergebnisse einwirken könnte. Ferner sollen allen Regierungen folgende allgemeine

Prinzipien eines Abrüstungswaffenstillstandes

durch den Rat übermittelt werden: Jede Regierung verpflichtet sich, die bereits bewilligten Ausgaben für die Vorrüstungen bis zum Abschluß des Waffenstillstandes nicht zu erhöhen, ferner keine neuen Schiffsbauten vorzunehmen und den Bau neuer Militärflugzeuge einzustellen. Der Abrüstungswaffenstillstand soll für die Dauer eines Jahres, beginnend vom 1. November 1931, abgeschlossen werden. Der Rat soll die Regierungen ersuchen, dem Generalsekretär des Völkerbundes bis zum 15. Oktober Mitteilung zu machen, ob sie entschlossen sind, den Abrüstungswaffenstillstand anzunehmen.

Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, einen engeren Redaktionsausschuß einzusetzen, dem sämtliche europäischen Großmächte, dann die Schweiz, ferner die Vereinigten Staaten, Japan, Südafrika und Chile angehören, und der bis zur morgigen Freitagssitzung entweder einen einheitlichen Beschluß oder einen Mehrheits- und Minderheitsbericht ausarbeiten soll.

Die Rede Massigli ist in weiten Kreisen des Abrüstungsausschusses als ein tödlicher Schlag gegen den gesamten Abrüstungsgedanken empfunden worden. Massigli hat in der schroffsten Form jeden Abrüstungswaffenstillstand abgelehnt und hierbei, wie allgemein bemerkt wurde, die Durchführung der Abrüstung von der vorübergehenden Lösung der politischen Probleme abhängig gemacht. Massigli spielte in seiner Rede auch auf den bekannten französischen Vorschlag eines politischen Waffenstillstandes zwischen Deutschland und Frankreich an und rügte dabei den Gedanken der Erfüllung der politischen Forderungen Frankreichs als Voraussetzung für die Abrüstung wieder in den Vordergrund. Die Rede Massigli muß daher als eine sehr ernste Belastung der kommenden Verhandlungen auf der Abrüstungskonferenz aufgefaßt werden.

Französisch-italienische Flottenverhandlungen gelichteter?

Paris, 24. Sept. Der Genfer Sonderberichterstatter des „Paris Rivu“ glaubt am Donnerstag feststellen zu können, daß die in letzter Zeit geführten französisch-italienischen Flottenverhandlungen vollständig gelichtet seien.

Wettstreifen, das es heute überhaupt nicht gebe. Die angestrebte Erleichterung für die Haushalte würde nicht eintreten, da die Militärhaushalte bereits bis Juni 1932 festgelegt seien, und ferner ein Stillstand der Rüstungen in vielen Ländern zu einer Verschärfung der Arbeitslosigkeit führen würde. (11) Die französische Regierung habe in den Verhandlungen der letzten Zeit die politischen Probleme in den Vordergrund gerückt, deren Lösung allein eine Entspannung der Atmosphäre herbeiführen könne. Der italienische Vorschlag sei keineswegs so einseitig klar, wie er scheint.

Der Vorschlag Lord Robert Cecil, die Regierungen aufzufordern, bis zum 1. November d. J. zum Waffenstillstandsvorschlag Stellung zu nehmen, sei praktisch undurchführbar.

Massigli suchte dann den Beweis zu führen, daß ein Waffenstillstand zur Zeit sowohl auf dem Gebiete der Land- als auch der See- und Luftkräften nicht in Frage kommen könne. Auf dem Gebiete der Flottenrüstungen hingegen lämen die veralteten Flotten gegenüber den jungen Flotten in Nachteil, und dadurch würde das derzeitige Gattengleichgewicht gestört werden.

Massigli schlug dann vor, den Antrag der japanischen Regierung auf Ueberweisung des italienischen Vorschlages an die Abrüstungskonferenz anzunehmen.

Die Regierungen könnten noch vor Eröffnung der Abrüstungskonferenz ihren Standpunkt bekanntgeben, so daß die Abrüstungskonferenz mit der Aussprache über den Waffenstillstandsvorschlag eröffnet werden könnte. — Massigli betonte, man müsse damit rechnen, daß die Abrüstungskonferenz zu schweren und ausgedehnten Kämpfen führen würde. Es sei daher von größter Bedeutung für die gesamte Atmosphäre der Abrüstungskonferenz, daß gleich zu Beginn der Gedanke eines allgemeinen Abrüstungswaffenstillstandes erwogen würde. Er ersuchte die Regierungen, den Vorschlag der französischen Regierung eingehend zu prüfen.

Die Vertreter der süßlawischen und tschechoslowakischen Regierung schlossen sich dem Standpunkt Frankreichs an und lehnten nachdrücklich den italienischen Vorschlag ab. Der schwedische Außenminister wies darauf hin, daß der italienische Vorschlag in keiner Weise mehr

Heute: Der D.N.-Kraftfahrer Seite 8

drohenden chinesischen Bahn nicht viel mehr als einige Schienenstränge zu sein wird.

Das und die fortlaufenden Belege zwischen japanischen und chinesischen Truppen sind natürlich nichts anderes als offener Krieg, der gefährliche Ausmaße annehmen kann, wenn Japan in die russische Interessensphäre einbricht und die ostchinesische Eisenbahn bei Chardin besetzen wollte, die unter russischem Einfluß steht und die farsische Verbindung von Sibirien nach Vladivostok, Rußlands wichtigstem Hafen, darstellt. Als die Chinesen vor Jahresfrist versuchten, diese Bahn zu besetzen und das russische Personal zu verjagen, hat Rußland in kürzester Zeit durch einen konzentrischen Vorstoß die Chinesen auf die Knie gezwungen und den alten Zustand an der ostchinesischen Bahn wiederhergestellt und durch einen Vertrag gesichert. Es wird auch diesmal nicht abgesehen, wenn Japan sich an seiner Bahn verweigern sollte. Aber auch die Chinesen scheinen entschlossen zu sein, sich in der Wandlung bis zum äußersten zu verteidigen. Wirtschaftlich steht dem Reich der Mitte der schon einmal mit gutem Erfolg durchgeführte Boykott gegen alle japanischen Waren zur Verfügung. Aber auch die militärischen Nachmittels Chinas sind nicht unerheblich. Es unterhält eine Millionenarmee, die allerdings nur schlecht bewaffnet und von Generalat befehligt wird, die sich feindselig gegenüberstehen. Aber der innere Zwist scheint durch die äußere Gefahr beiseite zu sein. Der Führer der nationalen Kuomintang-Regierung in Nanking, Marschall Tschiang Kai-schek, will dieser Einigung seine Person zum Opfer bringen und hat sich bereit erklärt, selbst als einfacher Soldat an der mandchurischen Front zu kämpfen. Eine solche Geste, die ihren Eindruck auf seine chinesischen Gegenspieler nicht verfehlen wird.

Aber all das zeigt, daß die Tatsache eines sino-japanischen Krieges nicht mehr zu leugnen ist. Und wir erinnern uns doch noch, daß der Kellogg-Pakt, den auch China und Japan unterschrieben haben, den Krieg gescheitert hat. Wo ist der Völkerbund, der jeden drohenden Krieg durch seine Schlichter und durch sein Rechtswort verhindern soll? Richtig! Er taugt gerade in dem, und die Staatsmänner haben es dort an schönen Friedensreden nicht fehlen lassen. China hat sich auch sofort in den Schutz des Völkerbundes begeben. Um so größer ist dessen Verlegenheit. Da China

nach vorbehaltlos den Genfer Entscheidungen gefügt hat, mühte eigentlich die Völkerbundverwaltung gegen den Angreifer in Kraft treten. Englische, französische und andere Kriegsschiffe der Alliiertenstaaten mühten nach Ostasien in See zu gehen und die japanische Küste bombardieren. Das aber wäre damit erreicht? Ein neuer Weltkrieg in großem Maßstab. Also schlägt England vor, man solle abgesehen von außerhalb des Völkerbundes stehenden Mächten mit der Schlichtung betrauen. Es sei in das Verhängnis des Kellogg-Paktes, so versichert Lord Cecil nicht ohne Grund. Der Völkerbund ist trotz aller den Umständen, obwohl er eine solche Maßnahme für ihn selbst bedeutet. Amerika wird am wenigsten erreicht sein. Es hat keine Lust, es mit Japan zu verderben, und noch weniger mit China, für das es beim Kampf um die Vorrechte der fremden Nationen in den Ostasien östlichen eingetreten ist. Die Staatsmänner verlassen sich nicht auf Genf. Sie sind erfüllt darüber, daß Japan nicht mehr als ein Ende der Welt abgewartet hat. Die Ohnmacht des Völkerbundes wäre dann doch nicht so offensichtlich gewesen.

Aber warum sollen die Japaner auf den Völkerbund Rücksicht nehmen. Hat derselbe Völkerbund nicht leeren Tönen angeheult, als die Franzosen ins Ruhrgebiet und polnische Banden in Oberschlesien einbrachen? Hat er nicht den Raub von Memel und Litwa sanktioniert und den Polen widerrechtlich, entgegen allen literarischen Abmachungen, den an Bodenschätzen reichen Teil Oberschlesiens ausgeliefert? Außerdem haben es die Japaner sehr eilig, denn die Weltlage ist für sie günstig. Die europäischen Staaten und Amerika haben jetzt genug mit ihren eigenen Sorgen zu tun. Rußland möchte, solange es durch den französisch-japanischen Konflikt in der Mitte der Welt abgelenkt wird, die militärischen Operationen müssen noch vor Beginn des kalten manchurischen Winters durchgeführt werden. Also marschieren die japanischen Generale und fragen nicht einmal viel nach den Wünschen der Minister in Tokio, geschweige denn nach dem Sitirunseln der Genfer Diplomaten. Wie sich die Dinge in Fernost auch weiterentwickeln werden, eine Gefahr scheint auch für Europa unvermeidlich: China, das sich mühsam von bolschewistischen Einflüssen befreit hat, wird von Japan wieder erzwungen in die Arme der Sowjets getrieben. Das bedeutet einen nicht unerheblichen Machtgewinn für die Weltgewalt Bolschewismus!

Dr. Stadler vor dem Dresdener Stadtrat

Die großen Fortschritte die im vergangenen Jahr die nationale Bewegung macht, dafür geben die in jeder Kommunalversammlung der Ortsgruppe Dresden teilnehmenden freiwilligen Verpflichtungen der Gemeindevorstände einen rechtlichen Nachweis. In der jüngsten Kommunalversammlung am 18. September wurde durch den Vorsitzenden der Ortsgruppe Stadler, Hauptmann Gausse, in feierlicher, aufrüttelnder Rede wieder eine zahlreiche Schaar neuer Stadtbewohner geleitet auf die alte Kampfbahn der nationalen Bewegung und ihnen das Gelübde abgenommen, mit ihrer ganzen Person sich gegen Internationalismus, Sozialismus und Marxismus einzusetzen.

Nach der Rede wurde durch Hauptmann Gausse begrüßt

Kamerad Dr. Eduard Stadler

das Wort zu seinem Vortrag: „Kommen wir am Bolschewismus vorbei?“ Wenn wir, so führte er aus, den richtigen Standort zu den gegenwärtigen Ereignissen gewinnen wollten, so mühten wir auf das Axiom des deutschen Volkes, daß in seiner Führerschaft und allen Einzelgliedern zu erneuern, welche Konsequenzen hat aber das deutsche Volk aus der Niederlage gezogen? Der einzelne habe Leistungen vollbracht, die selbst die Gegner als das „deutsche Wunder“ bezeichnet hätten. Aber die deutsche Führung habe offensichtlich versagt. Die Erkenntnis dessen sei aber noch nicht sehr weit vorgedrungen. Es gebe immer noch zahlreich Leute, die für unsere gegenwärtige Lage allgemeine Ursachen verantwortlich machten. Aber richtige Lebenserkenntnis zeige, daß die regierenden Schichten auch für die gegenwärtigen Zustände verantwortlich sein mühten. Der Durchbruch unserer heutigen Führerschaft, wie er sich aus Warrickem, Zentrumskreisen und liberaler Bourgeoisie gelöst hat, habe die heutige Krise verursacht. Ein richtig geführtes Volk wie Frankreich mache sich selbst an der Weltwirtschaftskrise gefund. Deutschland dagegen habe sich durch Korruption über Wasser zu halten gesucht, und sei dadurch die Vertreter dieses Systems, Deutschland habe sich in Diskussionen gewirkt. Nun lasse man, Deutschland hätte Dummheiten gemacht; aber jetzt habe man la Brünning, der Deutschland aus der Katastrophe herauszuführen werde. Die Regierungsbürokratie fordere jetzt ständig Vertrauen, aber dem ist entgegenzusetzen, daß Vertrauen oder Autorität nicht erdacht und nicht ererbt werden können. Sie müssen da sein, aber sie sind nicht zu erlangen. Eine Regierung, die um Vertrauen bitten mühte, habe damit den Beweis erbracht, daß sie keine Existenzberechtigung hätte. Bei einem Staatsmann interessiert das Volk nicht seine persönlichen Eigenschaften, sondern die seine, ob er seine Aufgaben erfüllt oder nicht. Von Brünning mühte man sich stellen, daß er seine der ihm gestellten Aufgaben nicht habe. Keiner der heute führenden habe wirkliche Führerqualitäten bewiesen. Sie seien auswärts durch das demokratische System nach oben getragen worden. Man dürfe sich aber dann nicht über die Verfallenskurve unserer staatlichen Verhältnisse wundern. In ruhigen Zeiten könnten auch Leute ohne Führerqualitäten das Staatsruder führen, in Zeiten höchster Gefahr aber mühten sie unfehlbar versagen. Denn jetzt entscheide nicht allein die persönliche Anhänglichkeit, sondern jetzt mühten Intuition, Temperament, Leidenschaft, Genie hinaufkommen. In politischen Zeiten mühten Männer an die Spitze, die sich die Welt bilden können. Männer in der Art eines Goethe, Schopenhauer und Hitler, die aus dem Chaos durch Willen und Leidenschaftlichkeit das Reich der nationalen Opposition geschaffen haben, hätten gesucht, wie man gemeinschaftlich bilden und damit staatsbürgerlich tätig sein mühte, wenn man Anspruch erhebt den Staat zu führen. Man mühte Staatsbürgerschaft haben mühte den Bolschewismus herauszufordern, weil er mehr Machtwillen, mehr Demokratie verkörpere als die schwachen Männer an der Spitze. Wo seien hier die Gegenkräfte? Sie könnten nur in der nationalen Opposition liegen.

Dr. Stadler, der hinreichend und aufwühlend, mit einer Fülle von Geschichten und Bildern und in leidenschaftlicher Steigerung sprach, erzielte brandenden, immer wieder anwachsenden Beifallsturm.

Hindenburg empfängt Briand und Laval?

Erst muß die „Kriegsverbrecher“-Dege aus der Welt geschafft werden

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 24. Sept. Die am kommenden Sonntag in Berlin einreisenden französischen Besucher, Ministerpräsident Briand und Außenminister Laval, haben durch den französischen Botschafter anfragen lassen, ob sie auch die Ehre haben würden, dem Reichspräsidenten ihre Aufwartung zu machen. Die Reichsregierung hat sie nach Rücksprache beim Reichspräsidenten wissen lassen, daß dem nicht im Wege stünde. Wie verlautet, wird die Audienz am Montagvormittag stattfinden. Reichskanzler Dr. Brüning wird die beiden Herren dem Reichspräsidenten vorstellen.

Soweit klingt die Nachricht, die heute amtlich bekannt wird, nicht ungewöhnlich. Und doch ist sie geeignet, einen Fragekomplex aufzuwerfen, dessen Auslösung der Wilhelmstraße in diesem Augenblick höchst unerwartet zu sein scheint. Vom Standpunkt der nationalen Würde aus würde es nämlich nicht möglich sein, sich mit dem französischen Besuch im Reichspräsidentenpalast einverstanden zu erklären, ehe nicht die Affäre der sogenannten „Kriegsverbrecher“ endgültig aus der Welt geschafft ist. Man hat in der Wilhelmstraße offenbar völlig übersehen, daß Generalfeldmarschall von Hindenburgs Name heute noch immer auf der französischen Kriegsverbrecherliste steht. Im Verlaufe der Zeit ist bekanntlich ein Verfall eingetreten, in dem die Auslieferung einer großen Anzahl hochverdienter Offiziere und Staboffiziere des kaiserlichen Deutschlands zum Zwecke der Aburteilung vor alliierten Gerichten veranlaßt wird. Diese Forderung, die damals vor allem auf französisches Drängen in das Versailleschandiktum aufgenommen wurde, konnte seinerzeit nicht erfüllt werden, weil sich

in Deutschland ein Sturm der Entrüstung erhob, dem sich selbst unsere nachrevolutionären Regierungen nicht zu entziehen vermochten. Schließlich wurde ein „Ausweg“ darin gefunden, daß die betreffenden „Kriegsverbrecher“ — unter ihnen, wie gesagt, auch Hindenburg — vor das Reichsgericht in Leipzig gestellt wurden. Man entfiel sich noch des Aufgebens, daß diese demütigende Aktion damals erregte. Vor dem Reichsgerichtsgelände in

Leipzig kam es zu leidenschaftlichen Demonstrationen der nationalgefühnten Bevölkerung. Die „Angeklagten“ wurden dann selbstverständlich freigesprochen. Die französische Presse begann mit einer wilden Hege gegen Deutschland. Die französische Regierung landete eine empörende Note nach Berlin, in der sie feststellte, daß sie sich mit der Leipziger Rechtsprechung nicht abfinden bereit sei und sich deshalb vorbehaltlos, die Prozesse gegen die „Kriegsverbrecher“ im Abwesenheitsverfahren durchzuführen. Allerdings schloß sich diesem unerhörten Schritte Frankreich einige Entente-Mächte nicht an. England, U. S. erklärte ausdrücklich, mit der Sache nichts mehr zu tun haben zu wollen. Das hinderte Frankreich allerdings nicht daran, eine Justizkommission in Abwesenheitsverfahren sogar Todesurteile gegen deutsche Verurteilten zu fällen, die auf diesem unglückseligen Kriegsverbrecherlisten-Verzeichnis, Späherin wurden gelegentlich sogar Leute, die auf dieser Liste standen, in Frankreich verhaftet, und es gelang den deutschen Behörden nur mit großer Mühe, sie den Klauen der französischen Gerichte wieder zu entziehen.

Unter dieser Note der französischen Regierung vom Jahre 1922 steht nun aber der Name deselben Herrn Briand, der mit Laval zusammen am Sonntag nach Berlin kommen wird und am Montag dem Reichspräsidenten aufzusuchen beabsichtigt.

Bürgern der französischen Gasse soll angenommen werden, daß Herr Briand sich der Kriegsverbrecherliste nicht mehr recht erinnert hat, als man von Paris aus um die Audienz beim Reichspräsidenten nachsuchte. Es ist aber noch Zeit genug, diesem etwas schwachen Gedächtnis nachzuhelfen und in aller Form zum Ausdruck zu bringen, daß ein Empfang dieser Herren beim Reichspräsidenten so lange möglich und diskretabel sein sollte, als die Kriegsverbrecherliste nicht aus der Welt geräumt und der betreffende Passus über die „Kriegsverbrecher“ aus dem Verlaufsprotokoll in aller Form gestrichen ist. Deutschland ist es schuldig, in diesem Punkte höchste nationale Empfindlichkeit zu bezeugen.

Besprechung Brüning-Curtius erst Freitag

Berlin, 24. Sept. Die Besprechung zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsaussenminister über die mit dem Verlaufe der Genfer Tagungen zusammenhängenden Fragen ist auf Freitag vormittag verlegt worden. Curtius Berichtserhaltung über die außenpolitische Lage innerhalb des Kabinetts dürfte erst nach der Abreise der französischen Minister, also frühestens am Dienstag, erfolgen.

Die heutigen Beratungen des Reichskabinetts haben fast den ganzen Tag in Anspruch genommen. Sie dauerten bis in den späten Abend hinein. Nicht interessant ist, daß in Kreisen der Reichsregierung auch der Gedanke erwogen wird, Privatfirmen die juristische Möglichkeit zu geben, überhöhte Gehälter aller leitenden Angestellten auch da herauszufinden, wo einer solchen Maßnahme bisher Privatverträge entgegenstehen. Der Gedanke ist feiner als im Zusammenhang mit den Forderungen der Beamtengehälter und Gehörpensionen aufgetaucht. Dahinter steht die Erwägung, daß die Minderung der wirtschaftlichen Verhältnisse eine solche Anpassung häufig geradezu erforderlich macht, wenn s. B. Firmen an lebenslänglichen Verträgen über Gehälter keine Minderung vornehmen können, während sie die Löhne und Gehälter anderer Angestellter und der Arbeiter herabsetzen müssen.

Dieses Projekt dürfte auf harte Widerstände in der Öffentlichkeit stoßen, schon aus dem Grunde, weil es in das ganze Wirtschaftsleben eine starke rechtliche Unsicherheit bringen mühte, wenn Verträge jederzeit durch Notverordnungen aufgehoben werden könnten. Ob der Entwurf in seiner ursprünglichen oder in abgeminderter Form in die kommende Notverordnung aufgenommen werden wird, läßt sich im Augenblick noch nicht erkennen.

Ueber die Behandlung der Dauszinssteuer in der kommenden Notverordnung verlautet, daß diese Steuer auf 24 v. O., also um 25 v. O., gesenkt werden soll. Das bedeutete eine Ermäßigung der Mieten um 11 v. O. Jedoch würde diese Mietenminderung nicht ausschließlich den Mietern zugute kommen, sondern die Hauswirte sollen eine gewisse Bewegungsfreiheit behalten, inwieweit sie innerhalb dieser Spanne die Mieten senken.

Der mandchurische Konflikt und der Völkerbund

Charbin nicht besetzt

Genf, 24. Sept. Der Völkerbundrat hat heute abend wiederum eine längere vertrauliche Sitzung abgehalten, in der sich insofern ein Fortschritt ergab, als die Anberaumung einer öffentlichen Sitzung des Völkerbundrates auf Freitag möglich wurde.

Wie verlautet, soll die japanische Regierung an gewissen Punkten eine Zurückziehung ihrer Truppen vorgenommen bzw. in Aussicht gestellt haben.

Außerdem wurde in der heutigen Sitzung ein Antworttelegramm auf die heute eingegangene Mitteilung des amerikanischen Staatssekretärs Stilwell abgefaßt. Der Völkerbundrat gibt darin seiner Befriedigung über die amerikanische Aktion im Interesse der Erhaltung des Friedens Ausdruck.

Der Präsident des Völkerbundrates erhielt am heutigen Donnerstag von dem chinesischen Außenminister Wang ein längeres Telegramm, in dem es unter anderem heißt, daß der an Japan und China gerichtete Völkerbundsappell nur einen ersten Schritt in der Beilegung des Konfliktes darstellen dürfe und daß unverzüglich Maßnahmen getroffen werden mühten, um der in ihren Rechten verletzten Partei volle Genugtuung zu verschaffen. Die chinesische Regierung nehme uneingeschränkt die Empfehlungen des Rates an. So habe sie gegenüber den fortgesetzten japanischen Forderungen alle notwendigen Vorkehrungen getroffen. Sie habe ferner die Empfehlungen zur Zurückziehung der beiderseitigen Truppen ihrerseits bereits ausgeführt. Schließlich ermahnt die chinesische Regierung um sofortige Maßnahmen, da sich die Lage von Stunde zu Stunde weiter verschärfe.

Es wird damit gerechnet, daß der Völkerbundrat mit Rücksicht auf den japanisch-chinesischen Konflikt bis Dienstag verläßt bleiben wird.

Aus Washington wird dazu gemeldet: Im Staatsdepartement wurde heute zum mandchurischen Konflikt erklärt, daß die Voten Mexikas an Japan und China noch nicht abgefaßt sind. Man betrachte die Voten jedenfalls nicht schlimmer als in den letzten Tagen und hoffe, daß es den Bemühungen des Völkerbundes gelingen werde, daß Japan und China das Kriegsbeil begraben.

Die japanischen Operationen in der Mandchuriet abgeschlossen

London, 24. Sept. Der japanische Armeechef teilt mit, daß der Operationsplan in der Mandchuriet durchgeführt sei. Es sei beabsichtigt, den Status quo antea zu erhalten. Die diplomatischen Verhandlungen und die Verhandlung der Rechte werden dem Außenminister überlassen. Nach Charbin sind keine japanischen Truppen entsandt worden.

Nach einer Mitteilung der Telegraphenagentur der Sowjetunion ist am heutigen Donnerstag eine Abordnung der Mandschurischen Regierung nach Kanton abgereist, um einen Waffenstillstand mit Kanton zur Bildung einer gemeinsamen Front gegen Japan abzuschließen.

Ein Sprengstoffanschlag im Rheinland vereitelt

Stolberg (Rheinland), 24. Sept. Die Kaserne Eisenbahnwache ist erst jetzt bekannt, daß in der Nacht zum 19. September auf das Bahnhofsgebäude ein Sprengstoffanschlag verübt worden sei. Die Täter haben durch die Aufmerksamkeit eines Passanten, der keine Beobachtungen sofort der Polizei mitteilte, das Vorhaben nicht ausführen können und sind geflohen. Man hat sie bisher noch nicht fassen können. Im Graben des Zuladungsweges zum Anwesen des Fabrikanten fand man am nächsten Morgen ein schweres, angefeuchtetes Röhren aus Holz, aus dem zu beiden Seiten ein starkes Eisenrohr ragte, das mit Sprengstoff gefüllt war. Ferner fand man zwei Handkannens von 120 bzw. 80 Zentimeter Länge und ein Resonanzglas, das ein Sprengstoffgefäß enthielt. Außerdem entdeckte man in der Nähe ein halbes Kilo Sprengstoff und einen geladenen Trommelrevolver. Die Untersuchung der Sprengstoffkörper ergab, daß sie sachmännlich montiert waren und bei einer Entladung eine furchterliche Wirkung gehabt hätten.

Gedächtnis von neuen Parteifunktionen

Berlin, 24. Sept. (Eig. Drahtmeldung.) Wie das „E. Z.“ heute mitteilt, sind in der letzten Zeit sehr lebhaft Bestrebungen im Gange, ein neues Parteiprogramm bis zu den Volksschichten zu verankern. Es würde sich danach um eine Verschmelzung der Staatspartei, der Wirtschaftspartei, der Christlichsozialen, der Volksschichtenpartei und eventuell auch des Christlichen Volksvereins handeln. Bisher ist über Bestrebungen dieser Art in der Öffentlichkeit aber noch nichts bekannt geworden. Die Mitteilung des „E. Z.“ erfolgt ganz offenbar zu dem Zweck, Verhandlungen, die in dieser Richtung geführt werden könnten, zum Scheitern zu bringen, denn das demokratische Volk spricht sich unter Berufung auf die Erfahrungen, die die demokratische Partei bei der Verschmelzung mit den Jungdemokraten machte, ganz energisch gegen neue Parteifunktionen aus.



Als in London die Börse geschlossen war

Diskutierende Makler im Londoner Börsenviertel inmitten der Neugierigen und beunruhigten Einwohner

Presse-Photo

Sachsens Deutschnationale zur Rotverordnung

Landtagsabgeordneter Tögel spricht vor der Presse

Die Ortsgruppe Dresden der Deutschnationalen Volkspartei hatte die Vertreter der sächsischen Presse für Donnerstag nachmittag eingeladen, um sie durch

Landtagsabg. Syndikus R. Tögel

zu informieren über die Stellung der Partei zur sächsischen Rotverordnung. Nach einer kurzen Begrüßung durch Schriftsteller Gurausch führte der Redner etwa folgendes aus: Es sei zu fragen: Weht die Regierung dem Grundübel an den Leib oder kurlert sie nur wieder Symptome? Weht man den Weg zurück zum organischen Staatsgedanken, oder bleibe man im mechanistischen, starren Denken hängen? — Die politische Ehrlichkeit gebiete zu bekennen: Ohne schmerzhafteste Operation sei die Gesundheit unseres Staates nicht wieder herzustellen,

die sächsische Regierung habe es sich gewiß nicht leicht gemacht und habe viel Mühe zur Unpopulärkeit bewiesen; die Rotverordnung enthalte manche begründete Einzelheit, aber sie gehe mechanisch, rein rechnerisch an die Probleme heran,

bemühe sich, das alte, morsche System für Wochen und Monate am Leben zu halten, und deswegen sei sie abzulehnen. Nur in den Maßnahmen der Verwaltungsreform ersehe man, daß der organische Staatsgedanke an die Amtsstuben geklopft habe. — Nach 1800 habe man anders gehandelt; man sei den Weg zur Selbstverwaltung zurück gegangen, nicht, wie man diesen Weg zurück,

Die Auffassung, es handle sich heute um eine Wirtschaftskrise, sei falsch, wir hätten eine Staats-

man habe die organischen Lebensbeziehungen zerstört durch die Erbsenreform, die Finanzreform und habe einen Mechanismus aus dem Staat gemacht, in dem am meisten zu leiden habe, wer am wenigsten leiste. Das Übel komme von Berlin, und die Schuld der sächsischen Regierung sei, daß sie seit dem November 1930 weigere, energische Schritte im Reichsrat gegen das Berliner System zu unternehmen. Es sei ausdrücklich festzustellen, daß sie bei solchem Vorgehen eine Mehrheit finden würde. Wohl kritisiere die Regierung scharf den Brüning-Kurs, aber die Deutschnationalen hätten immer wieder die Tat gefordert.

Der Ministerpräsident habe gehandelt als ausführendes Organ der Brüning-Regierung, nicht als Chef einer selbständigen Völkerverwaltung.

deren Rechte durch die Reichsverfassung bis jetzt immer noch vertrieben seien. Brüning treibe den Zentralismus vorwärts und gewisse vorwärts, nicht nur aus der Not heraus. Es werde ein brutaler, finanzieller Druck ausgeübt auf die Länder; um so mehr sei der Weg der Opposition über den Reichsrat zu beschreiten. — Das Werk Bismarcks sei so gut wie erledigt, man wisse nicht, wohin diese Politik führen könne, der bayerische Ministerpräsident habe nicht umsonst schon von der Mainlinie gesprochen. — Die Rotverordnungen einschließlich der sächsischen bedeuteten Verfassungsbruch, und man möge wenigstens eingestehen, daß es mit der Verfassung und mit der Demokratie nicht mehr gebe. Der parlamentarische Staat sei bankrott, die sächsische Rotverordnung sei keine im Sinne der sächsischen Verfassung, sondern bedeute absolute Diktatur.

Die bairische, sibirische und braunschweigische Rabinette seien vor Erlaß der Rotverordnungen mit den Fraktionen in Beziehung getreten,

das wäre auch in Sachsen durchaus möglich gewesen, aber die Sozialdemokratie und die ihr anhängenden Parteien hätten keinen Wert darauf gelegt, sondern trieben sehr nachträglich Schaumbläserei.

Die Rotverordnung lege der Beamtenfrage grobe und schwere Opfer

auf; die Beamtenpolitik sei zusammengebrochen. Das sei aber nur eine Folge marxistischer Staatspolitik. Der Verwaltungsapparat sei unklar aufgestellt worden; und daran seien die Beamten-Gewerkschaften nicht unheilbar. Wir brauchen gute Beamten, die viel leisten und gut bezahlt werden. Die Beamtenfrage wolle wohl Opfer bringen, aber sie müsse wissen; wofür? Für dieses System sei jeder Fleiß zu schade. — Ein großer Teil der Rotverordnung beschlagnahme sich mit der Schule; tief greife sie ein in deren Organisation. Nach dem Kriege wurde die Schulpolitik losgelöst von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Volkes, so habe man zum finanziellen Zusammenbruch getrieben; man habe

die Bildung mechanisiert und Ständefragen rein materialistisch behandelt.

Es komme aber nicht auf Fragen der Organisation, sondern auf die Persönlichkeit des Lehrers an. Die Diktatur für die falsche Politik sei die Rotverordnung. — Nunmehr sei die Forderung zu stellen, daß die Erziehung

wieder kritisch und national werde. — Die Regierung habe sich zuvor gefürchtet, die akademische Bildung der Volksschullehrer zu befähigen, wodurch Millionen Mark hätten eingespart werden können. Sehr unsozial sei die Erhöhung des Schulgeldes für die Mittelschulen, sie treffe die Kreise des Volkes, die in schwerer Not zügelten. Die Gemeindeschule, die früher in Sachsen einen individuellen Organismus darstellte, boden- und heimatsgebunden war, sei vernichtet worden durch die Verfechtbarkeit der Lehrer.

Die Selbstverwaltung der Gemeinden sei zusammengebrochen. Anstatt die Gemeindevertretungen in erhöhtem Maße verantwortlich zu machen, mache man aus ihnen machtlose und verantwortungslose Debattierklubs. Zu beklagen sei, daß die Bürgermeister erhöhte Verantwortung nicht bekommen; aber die Reglementierung ihres Gehalts nach der Einwohnerzahl sei wieder ein Auswuchs mechanistischen Denkens; auch hier fehle die Frage nach Vorbildung und Leistung.

Warum habe man nicht die Gemeindefinanzern gestrichen? Warum nicht die Regalebetriebe abgebaut? Die freie Wohlfahrtspflege eingeschaltet? Die Arbeitspflicht vorangetrieben? Die Wohnungszwangswirtschaft eingeschränkt durch Verabschießung der Mietgrenzen?

Die Fortführung der Verwaltungsreform sei zweifellos das beste Stück der Rotverordnung.

Man müsse aber feststellen, daß vieles zu spät komme; man habe bisher den Mut nicht gehabt, um durchzuführen, was richtig und nötig war. Unsere sächsische Regierung sei eine verfehlerte Regierung der Großen Koalition; und deswegen sei der Kampf weiterzuführen. Die Parole heiße: Attacke! — Das Schlusswort sprach Schriftsteller Gurausch, der den Dank der Versammlung für die klaren Ausführungen des Redners noch einmal zum Ausdruck brachte.

Der Neue Sächsische Lehrerverein zur Rotverordnung

Der Neue Sächsische Lehrerverein erklärt zur sächsischen Rotverordnung: Am 18. Juni d. J. kennzeichnete vor dem Sächsischen Landtag Herr Ministerpräsident Schied die Stellungnahme seiner Regierung zur Dritten Rotverordnung der Reichsregierung. Er behauptete im Interesse des Staates, daß die Beamtenfrage binnen Jahresfrist zum dritten Male Sonderopfer zu leisten habe, da diese Beamtenfrage die Vertrauensverhältnisse zwischen Staat und Beamtenfrage gefährde. Herr Schied kennzeichnete die Maßnahmen der Reichsregierung als lebensfremd und als schlimmste soziale Härte. Die sächsische Lehrer- und Beamtenfrage dürfe nach dieser Stellungnahme der sächsischen Regierung erwarten, daß sie nicht in die von der Reichsregierung verfolgte Sparpolitik einzwängen werde. Sie hat es nunmehr aber doch getan und dadurch das Vertrauen der Lehrer- und Beamtenfrage zur sächsischen Regierung stark erschüttert. Der Volkshaar wird zum Gegner seiner besten und wertvollsten Säulen, des Berufsbeamtenstandes und der Volksschule. Diese Rotverordnung ist nicht geeignet, die Not zu lindern oder zu beheben, sondern sie bringt neues Elend in unzählige Lehrer- und Beamtenfamilien. Sie erzwingt zwar die Sicherung des Staatshaushaltes, zerschlägt aber den Familienhaushalt der Väter. Das darüber hinaus diese Rotverordnung die geforderten Opfer in der unangenehmsten Weise verteilt, muß den letzten Rest des Vertrauens in den gegenwärtigen Rechtsstaat befeitigen.

Die Erfüllungspolitik hat bereits die deutsche Wirtschaft zur Strecke gebracht. Soll nun auch noch das Leben unseres verarmten Volkes, sein Bildungswesen, im Besonderen seine Volksschule in Trümmer gehen? Die sächsische Volksschule wird durch wesentliche Bestimmungen der Rotverordnung in ihrem Bestande und in ihrer Leistungsfähigkeit derart eingeeignet, daß die Volksschullehrerschaft es ablehnen muß, für die Folgen des kulturellen Abbaues die Verantwortung zu übernehmen.

Der Vulkan Ararat wieder in Tätigkeit. Meldungen aus Batavia zufolge ist der Inselvulkan Ararat wieder in Tätigkeit. Es erfolgten Ausbrüche, die die Höhe von 200 Meter erreichten. Die Feuergeräusche sind weit hörbar.

Krauffahrer: Wer „hupen“ muß, kann nicht fahren! 8

Goethes „Iphigenie“ neuinstudiert

Schauspielhaus

Die hohe Tochter des Agamemnon, Iphigenie, schreitet in zahlreichem dichterischen Gestaltungen durch das 17. und 18. Jahrhundert. Renaissance und Barock haben sie in Oper und Schauspiel mannigfach abgemandelt und das griechische Urbild ist dahinter fast verschwunden. In seiner mythologischen Erscheinung kann man es heute vielleicht am schärfsten in den griechischen Heldensagen erblicken, wie sie Albrecht Schaeffer mit dichterischer Gestaltungskraft nach alten Quellen neu erzählt hat. Da ist auch in Iphigenie, der Priesterin der Artemis auf der fernen Halbinsel Tauris im Schwarzen Meer, etwas von der dunklen, wilden Welt, die in ihrer Schwester Elektra schwebte, als sie den Bruder Orestes zum schwebenden Wittermord aufstellte. Diese wie von rauchendem Jodellicht überströmte nächtliche Szene hat uns Hofmannsthal in einer fast überharten Schärfe vorverflüchteter, mythenhafter Urzeit des Griechentums vor Augen gestellt, und Strauß hat darüber seine aufpeitschende Nervenmusik ergossen. Wie weit von solch moderner Neuausstattung steht die Iphigenie des großen Racine oder des unbedeutenden Willkard, zu dessen Opernzeit aber Claudine seine Musik schuf in demselben Jahre 1779, in dem Goethe seine „Iphigenie auf Tauris“ begann. Wir wissen heute, wie genau Goethe seine Vorgänger in der Antike und in der Neuzeit gekannt hat und wie er sich nicht scheute, von den Großen wie Euripides ebenso wie von den verschleierten Kleinen, deren Namen nur noch in der Philologia heiligen Registern stehen, wesentliche und nebenfällige Züge zu übernehmen. Aber wir wissen auch, daß sein Werk den freien Gipfel aller antiken, renaissancehaften und barocken Gestaltungen des Stoffes darstellt.

Diese Höhe aber den Reiten erreichte Goethe, weil er den überlieferten Stoff persönlich und in gewissem Sinne zeitlos erlebte und formte. Gewiß steht es in allen Büchern, daß Goethes „Iphigenie“ das Ergebnis des Dinkelmannschen „Irtums“ in dem Bestehen der Antike am Ausgang des 18. Jahrhunderts sei. Zweifellos hat Goethe, als er das Drama schuf, das Griechentum mit den Augen seiner Zeitgenossen gesehen. Aber einmal hatte er schon eine andere Griechenwelt gekannt, als er in Prometheus, Satyros, Ganymed den dionysischen Welt zum Erkennen brachte, ehe er die apollinische Hölle und Harmonie Iphigeniens ausformte. Diese natürliche Reinheit aber der Gestalt, weil er in ihr die Väterung seiner eigenen Persönlichkeit aus dem dionysischen Rauch zur apollinischen Klarheit vollzog. Unter welchen Mühen und Schmerzen, das zeigen die vier Bearbeitungen der „Iphigenie“. Er erkor sie sich zum Symbol seines eigenen inneren Kampfes gegen die Mächte der zeitlichen Unterwelt und zum

Welschens seines Ringens um die olympischen Höhen der geistigen Freiheit. Dreist Wahnsinn und Iphigeniens Erschütterung im Glauben an das Walten der Götter, das Herausklängen jener furchtbaren Frauen der Erinnerung an die Urzeit der Tantaliden im Varsenlied, das sind die dämonischen Unterklänge des Hohenliedes der reinen Menschlichkeit, die alle menschlichen Gebreden löst. Diese Polarität ist die innere Dramatik des äußerlich wenig bewegten Bühnengedichtes, dessen persönliches Grandeurbild durch die „klassische“ Form zeitlos und damit allgemeingültig, allgemeinverständlich geworden ist. Wenn das erkannt ist, bleibt „Iphigenie“ verflochten von dem „Klassiker“, den man den Werken Lessings, Goethes, Schillers auf der heutigen Bühne prophezeit hat.

Vor die Frage, wie Goethes „Iphigenie“ der jeweiligen Zeitgenossenschaft lebend zu vermitteln sei, steht sich jede neue Einfühlung gestellt. Für uns kann die Lösung nur heißen: Wahrheit. So wie in dem Drama alles auf letzte, unverhüllte Offenbarung der Wahrheit hinaus ist, so vertragen wir auch in seiner Aufführung weder Pathos noch Pose, weder betonten Klassizismus noch materialischen Realismus. Damit ist nicht gesagt, daß statt dessen neue Schlichtheit und Nüchternheit einzutreten habe. Die Wahrheit, die wir wollen und meinen, muß aus dem tiefsten und letzten Verständnis der weltlichen Vorgänge und des inneren Aufbaues des dramatischen Gedichtes entstehen. Und da dessen mythischer Stoff von ungeheurerlicher Unmenschlichkeit und sein weltlicher Gehalt von inniger Hartheit ist, so muß das Dämonische und erschütternd und das Menschliche und bescheiden. Das sind keine stilistischen Forderungen, das ist vielmehr unser Verlangen nach Größe und Tiefe, das uns gerade in diesen Zeiten scheinbar rein äußerlicher Weltverworfenheit als heimliche Sehnsucht erfüllt. Wir stehen in der antiken Tragödie von Glück und Schicksal ein ewiges Geleg der Menschheit, das auch in unseren Tagen waldet, aufleuchtet, und erkennen in der Väterung des Inneren den Weg zur Erlösung auch im „praktischen“ Leben. Es ist keine Flucht in weltferne ästhetische Gebilde der Dichtung, wenn auch wir uns dem Hauber großer Dichtung hingeben, sondern Erhebung durch die Macht der Idee, die letzten Endes in allem unfernen Tun waldet und Glück oder Segen verbreitet. Darum ist es räthlich, daß unser Schauspiel von neuem zu solcher Lebenserhebung in erniedrigter Zeit den Weg zu Goethe gefunden hat, wie unsere Oper mit Gluck's seelenverwandtem „Orpheus“ denselben Weg beschritten hat.

Georg Kreislers Erneuerung der „Iphigenie“ ging auf jene Wahrheit aus, die hier gefordert wurde. Mit einer besonders im Anfang fast überhöhten Kraft suchte seine Schauspieler das Erlebnis des Grauens und seiner Ueberwindung zu verdeutlichen. Es war da kein kleinlicher Realismus am Werte und keine haarspalterische Psychologie, nein, ganz einfach das Streben, das Erleben und Erleiden Iphigeniens und ihrer Umgebung wie unmittelbar

Gegenwart zu spiegeln. Gefühl war alles, Leidenschaft und Schmerz, stärkster Ausdruck der ständig wechselnden Bewegung des Inneren. Man hat anderwärts geglaubt, den drohenden Klassizismus durch Abhandnehmen von den Gefühlen und verblühenden Vortrag des Gedichtes auszuhalten, und hat damit den Widerstand des „epischen Dramas“ aufgeweckt. Kreislers Weg ist der entgegengesetzte: Stärke und Wahrheit des Gefühls kann allein die Entfernung des klassischen Stils von uns überwinden und das „dramatische Drama“ aus der stilistischen Erstarrung herauslösen. Es wäre genügend, ist aber unausführbar, diesen Grundgedanken der Iphigenie Antonia Dietrichs Schritt für Schritt, Satz für Satz aufzuweisen und zu zeigen, wie Größe und Tiefe des Gefühls im gewaltigen Nachdenken zutage tritt und einen Reichtum der Gestaltung hervorruft, der seine einseitige Darstellung der Iphigenie als Priesterin aufkommen läßt. Sie ist, von den Wellen des Gedichtes getragen, bald Priesterin, bald Schwester, bald Weib, immer aber eine tief Erregte, die ihren letzten Halt in ihrem Seelenadel hat. Stärkeres und Menschlicheres zugleich hat diese nun so gereifte Künstlerin wohl nie gegeben. Denn, anders als ihre Vorfahrten, kann ihre Iphigenie das Maß der Sophrosyne wahren, die sie bei allem Kampf der Leidenschaft zur echten Griechin Goethes macht. Darum ist, nach so viel Sturm, ihr herrliches Wüten am Schluß laut und beglückend wie Meeresschläge, glückliche Fahrt vorüber.

Auch der Drestes Felix Steinböck ist aus dem gleichen Grundgedanken heraus gekallt. Nur ist er freier, jünger und wilder in der Bewegung; mitunter wirkt das noch zu bewußt dramatisierend; doch ist es wohl nur Ueberhang einer hier einmal im Tiefen verarmten Kraft. Auch Steinböck hat kaum eine andere Rolle so von innen her ergriffen und aus dem Nachfühlen gekostet. Neben seiner achilleshaften, dickeren Männlichkeit in Stimme und Bewegung, bei seiner Ueberhöhung durch den Wahnsinn der Furienfurcht ist es von geringem Belang, ob man etwa in der Vision von der Unterwelt die traumhafte Entrücktheit nicht transparent genug fand. Steinböck als Drest effiziente diese Gestalt alles überlebterten, schicksaligen Griechentums, um der Wahrheit der weltlichen Ergebnisse von Furcht und Reue, Erlösung und Tatenfreude gerecht zu werden. Noch nicht ganz in solcher Ausdrucksart aller Charakterzüge steht Paul Hoffmann als Palodes; er wird noch an flüchtiger Ruhe, stiller, nicht scharfer Tatkraft gewinnen müssen, wie ihm auch eine gewisse sonnenreife Sicherheit und Schlichtheit als Erbteil einer Odysseus-Natur noch fehlt. Den König Thoas spielt Bruno Decarli, und was an vorgekostetem Selbstentum durch Maske und Kostüm zu erreichen ist, trägt er wie Kottensamy als Arkas illusorisch zwingend zur Schau. Decarli's darstellerische Klugheit weiß die raude Seite des Barbaren mit der weltlichen Wildheit zu vereinen, so daß die stumme Ueberwindung am Schluß glaubhaft, ja ergreifend wirkt. An das

Börsen- und Handelsteil

Von der Berliner Börse

Das die Börsenverhandlung am Mittwoch nicht so ganz einmütig verlaufen sein dürfte, wie das aus dem offiziellen Kommuniqué hervorgeht, ist durch die darauffolgende Besprechung der Teilnehmer am Freitag bestätigt worden. Die Schwierigkeiten gingen in der Hauptsache von den Vertretern der Provinzämter (insbesondere Köln) aus, denn die Majorität des Berliner Börsenvorstandes sprach sich für eine Wiederaufnahme des Verkehrs aus, während die Vertreter aus dem Reich eine Aussetzung der Notierungen bis zur Schaffung geeigneter wirtschaftlicher und politischer Voraussetzungen forderten. Den Ausschlag gaben dann wohl die Bedenken der Hypothekendarlehenbanken, denen es gelang, den Vertreter der Regierung am Grund der Situation am Rentenmarkt für eine Verlängerung der Börseruhe zu gewinnen.

Natürlich herrichte unter der Markierschaft, die am meisten unter diesem Beschlusse zu leiden hat, bei der Öffnung der Börsenräume eine sehr erregte Stimmung. Man beschloß, beim Börsenvorstand vorstellig zu werden und eine sofortige Wiederaufnahme des Verkehrs zu verlangen, da ja die Voraussetzung für die Schlichtung am letzten Montag, das Verhalten der Londoner Börse, nicht mehr rückhaltlos ist. Ferner hielt man es für unangebracht, daß den Telephonmaklern vor- und nachmittags im freien Verkehr Gelegenheit zum Handeln gegeben sei, während an der Börse jede Umfahrscheinlichkeit und das Rennen von Kursen verboten wird.

Die Stimmung war im Einklange mit den Auslandsbörsen weiter fest, zumal auch sonst keine Annahmen vorliegen. So wurde der Plan der 25%igen Senkung der Dausauslöser per 1. April 1932 lebhaft diskutiert, man verstand nur nicht, warum nicht ein früherer Termin möglich wäre. Vielleicht ist auch der französische Ministerbesuch von einem Erlöse in irgendeiner Form gefordert, so daß man von ihm für die Wiedereröffnung der Börse, die man vorläufig für Dienstag annehmen zu können glaubt, eine Anregung ausgehen kann. Von der Ansicht, zunächst nur einen reinen Kassamarkt abzuhalten, ist man bisher noch nicht abgegangen, möglich ist es jedoch, daß man für die Werte des Großverkehrs mehrere Kassakurse an einem Tage etwa in Abständen von einer Stunde festsetzt. Die Entscheidung hierüber steht allerdings noch aus.

Am Devisenmarkt lag das englische Pfund schwach, gegen 100 war ein Kurs von 105 Dollar, gegen Amsterdam 10 Gulden, gegen Paris von 103 bis 105 zu hören. Der Geldmarkt tendierte etwas leichter, man hörte einen Satz von 8,5 bis 9,5 %.

Diskontierung in Schweden

Die Schwedische Reichsbank hat mit Wirkung vom 25. September den Diskontsatz, der erst am 21. d. M. um 1 % heraufgesetzt worden war, um ein weiteres Prozent auf 6 % erhöht.

Auswärtige Devisen

* London, 24. Sept., 3.40 Uhr engl. Zeit. Devisenkurse. Newyork 200, Montreal 420, Amsterdam 961, Paris 98,50, Brüssel 28,25, Italien 76,00, Berlin 17,24, Schweiz 19,87, Spanien 48,25, Portugal 17,75, Stockholm 15,12, Oslo 16,57, Kopenhagen 110, Helsinki 175, Belgrad 200, Rumänien 71,5, Athen 340, Wien 32,00, Barcelona 30,00, Buenos Aires 33,37, Rio de Janeiro 312, Alexandria 97,50, Yokohama 2,25, Montevideo 21,50.
* Newyork, 24. Sept., 10 Uhr amer. Zeit. Devisenkurse. Berlin 20,00, London, Kassel 200, Schweiz 19,60, Italien 511, Holland 40,45, Madrid 885, Montreal 94,00, Rio de Janeiro 575, Dollar in Buenos Aires 58,70.
* Newyork, 24. Sept. Devisenkurse. (Schluß) Berlin 22,90, London Kassel 383, Paris 304, Schweiz 19,55, Italien 509, Holland 40,39, Oslo 23,30, Stockholm 26,60, Brüssel 18,90, Madrid 890, Montreal 93,50, Argentinien, Goldagio 181,00, Papieragio 24,30, Rio de Janeiro 540, Japan 49,35, Banfaksept (90 Tage) Geld 15, Brief 15, tägliches Geld 15, Prima Handelswechsel niedrigerer 2, höherer 2, Dollar in Buenos Aires 58,24, Protogationslag für tägliches Geld 15 %.

Gemeinschaftsgruppen deutscher Hypothekendarlehenbanken

Die Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekendarlehenbanken hielt am 24. September eine Sitzung ihres Gemeinschaftsrates ab, in welcher das Ergebnis des ersten Halbjahres und die Entwicklung des Geschäftes behandelt wurden. Der Darlehensbestand der sechs Banken hat in diesem Zeitraum um 44 Millionen Goldmark zugenommen; der Umsatz an Pfandbriefen und kommunalen Obligationen um 71 Millionen. Der Uberschuß des ersten Halbjahres entspricht der Hälfte des vorläufigen Jahresergebnisses. Der laufende Ertrag ist dabei gestiegen. Die einmaligen Einnahmen sind zurückgegangen. Die Umsätze haben sich nicht merklich vermindert.

Die Rückstände auf die Darlehenszinsen des ersten Halbjahres betragen rund 5,2 Millionen, d. h. rund 4,6 % des Zinsenfolles dieses Halbjahres. Die Zahl der durchgeführten Zwangsversteigerungen war im letzten Halbjahr 494 bei rund 88.000 Darlehen. Im Vorjahre war die entsprechende Ziffer 519 für das ganze Jahr. Zwangsversteigerungen wurden in diesem Halbjahr eingeleitet 712 gegenüber 1080 für das ganze Jahr 1930. An beliehenden Grundstücken haben die Gemeinschaftsbanken im laufenden Jahre bisher fünf (vier städtische und ein ländliches) in der Zwangsversteigerung übernommen, die mit zusammen 910.000 Reichsmark beliehen waren. Der Zins- und Zinseszins für das laufende Vierteljahr betragsmäßig. Der weitere Verlauf des Geschäftsjahres wird von der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse abhängen.

Die Nordwolle-Neugründung vor dem Abschluss

Wie der DHD hört, ist die für die Gründung des neuen Unternehmens erforderliche Inventur der umfangreichen Warenlagermengen fertiggestellt. Es können nunmehr auf Grund der Unterlagen die abschließenden Verhandlungen wegen des Zusammenchlusses von vier oder fünf zum Nordwolle-Konzern gehörenden Generalbetrieben zu einer neuen Gesellschaft stattfinden.

Geld- und Börsenwesen

* Neue Reichsbankkredite für die Sparkassen. Wie die „N. N. Ztg.“ hört, schwächen seit einiger Zeit Verhandlungen zwischen der Reichsbank und den Sparkassen über die Zurverfügungstellung eines neuen Reichsbankkredites, da der letztere am Schluß der Bankfeiertage den Sparkassen gewährte Kredit von 200 Mill. Reichsmark infolge fortwährender Abhebungen nahezu erschöpft ist. Die Reichsbank will aber die Gewährung eines neuen Kredites an die Sparkassen von einer Reihe von Bedingungen abhängig machen. Es sollen die Pänder eine Bürgschaft auch für den neuen Kredit übernehmen, ferner soll für eine noch schärfere Trennung der Sparkassen von den Gemeinden gesorgt werden. Schließlich soll die Reichsbank auch noch eine Reorganisation der Girozentralen verlangen, um diese selbständiger gegenüber den Gemeinden zu machen.

Notenbanken und Pfund-Devisenbestände

Große Verluste der Bank von Frankreich

Der Wochenbericht des Institutes für Konjunkturforschung behandelt in einem längeren Aufsatz die Ursachen und Wirkungen der englischen Währungs-schwierigkeiten.

Durch die Aufhebung der Goldinlöschungspflicht für Noten der Bank von England, so führt der Bericht aus, ist die Weltwirtschaft in neue Unruhe versetzt worden. Handelt es sich bei der deutschen Kreditkrise, die im Juli ausbrach, um eine Erschütterung des Vertrauens zu Deutschland und um den mittelenuropäischen Schuldnerländern, so dürften die jetzt in England akut gewordenen Schwierigkeiten wesentlich weitergreifen:

Zahllose Verträge in der ganzen Welt, zahllose Vermögensanlagen in allen Erdteilen lauten auf englische Pfund und sind so das Schicksal der englischen Währung gebunden.

Durch die Einstellung der Goldinlöschung, mit der eine Diskontierung von 4,50 auf 6 Prozent einhergeht, werden zwar die Zahlungen Großbritanniens an seine ausländischen Gläubiger nicht berührt, sie verlieren aber infolge des Diskonts des Pfundes an Realwert. Entscheidend für den Beschluß der Bank von England war zweifellos, daß die Mißtrauenswelle gegen das englische Pfund nicht nur auf die privaten Bank- und Wirtschaftskreise des Auslandes beschränkt blieb, sondern sich auch bei großen europäischen Notenbanken bemerkbar machte.

Von den Verlusten, die sich aus einem internationalen Absinken des Pfundkurses ergeben, wird naturgemäß derjenige Gläubiger am härtesten getroffen, der außerhalb der englischen Grenzen den größten Betrag an Pfundforderungen in einer Hand vereinigt.

Das ist die Bank von Frankreich

Die heute noch Pfunde im Gesamtbetrage von 10 Milliarden Franken (1,8 Milliarden Reichsmark) besitzen dürfte. Ein Diskont des englischen Pfundes von 5 Prozent würde genügen, die offen ausstehenden eigenen Mittel der Bank von Frankreich in Höhe von 450 Millionen Franken auszugleichen und den Wert der in den Händen des Privatpublikums befindlichen Aktien herabzubringen. Eine über 10 Prozent hinausgehende Entwertung des englischen Pfundes würde der Bank von Frankreich Verluste zufügen, die voraussichtlich nicht mehr aus den eigenen Mitteln der Bank gedeckt werden könnten und daher auf die Staatskasse und den französischen Steuerzahler übernommen werden müßten.

Mit der Aussicht für sechs Monate beschlossenen Aufhebung des Goldstandards hat England die praktische Schluss-

folgerung aus der Tatsache gezogen, daß bei der Kredit- und Währungspolitik der großen Gläubigerländer die Voraussetzungen für eine Aufrechterhaltung der internationalen Goldwährung nicht gegeben sind. Da die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich von ihrem Gold- und Kapitalreichtum nicht den Gebrauch machen, der die Voraussetzung eines auf die Dauer haltbaren internationalen Goldstandards ist, ergaben sich schwere Hindernisse für die reibungslose Abwicklung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Dem Virel fortsetzender Währungs- und Kreditkrisen von Vorschlägen zu begegnen, die sich im wesentlichen in zwei Gruppen zusammenfassen lassen:

1. eine betont liberale Kreditpolitik der Vereinigten Staaten und Frankreichs;
2. Aufgabe des internationalen Goldstandards,

für die bei der Goldwährung verbleibenden Schuldnerländer, wie z. B.

Deutschland

kann sich eine Erleichterung ihrer Lage nur insoweit ergeben, als der Schritt Englands vielmehr die Bereitwilligkeit der internationalen Finanz- und planmäßiger Zusammenarbeit und einer bewußt auf Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise gerichteten Politik fördern wird. Was zu dem Zeitpunkt, an dem sich solche Bemühungen realisieren, ist ein ihre Lage erneut erschwerender Faktor geschaffen.

Die Deutsche Reichsbank würde natürlich auch gewisse Einbußen an ihren Pfunddevisenbeständen erleiden. Da indessen ihr Devisenportefeuille an sich nicht groß ist — der offen ausstehende Bestand beläuft sich auf 350 Millionen Reichsmark, wovon nur ein Viertel auf Pfunddevisen entfallen dürfte —, wird sich

der etwaige Verlust der Reichsbank in sehr engen Grenzen halten.

Rechnlich liegen die Verhältnisse bei der Deutschen Goldbank. Sie bilanziert bekanntlich in englischen Pfunden, sollte aber bis zum Ende des Jahres ein Reichsmark umgewandelt werden. Bei einem starken Diskont des Pfundes würden hier Abstreibungsbedürfnisse entstehen, die allerdings aus den großen inneren Reserven des Instituts gedeckt werden könnten. Was ihre Verpflichtungen anlangt, so laufen sie teilweise in Pfunden, auf der anderen Seite ist ein Teil der Ausleihungen — etwa 35 Prozent — auch in Pfunddevisen erfolgt. Die Goldbank wird per Saldo an ihren Pfundpassiven viel mehr verdienen, als sie an ihren Pfundaktiven je verlieren könnte.

Hauptversammlungen

* Georg Franke K.-G., Berlin. Die Hauptversammlung genehmigte mit 888 Stimmen gegen 68 Stimmen bei 714 Stimmenthaltungen den Abschluß für 1930, der bei 50.000 (189.000) Reichsmark Bruttogewinn unter Berücksichtigung von 205.000 (180.000) Reichsmark Unkosten, 17.000 (22.000) Reichsmark Abschreibungen, 2000 Reichsmark Zuzahlung an Opponentenangehörigen, 44.000 Reichsmark Verlust auf Warentonten und 127.000 (133.800) Reichsmark Verlustvortrag aus dem Vorjahre einen Gesamtverlust von 388.180 Reichsmark ausweist. Die Firma ist bekanntlich im März 1931 in Zahlungsunvermögen geraten und hat ihren Gläubigern im Wege des Vergleichs, der am 18. Juni gerichtliche bestätigt wurde, 35 % geboten, wovon die erste Rate von 7 1/2 % am 2. Oktober gezahlt wird. Die Versammlung nahm Mitteilung gemäß § 240 HGB, entgegen und beschloß die Auswahl von Treuhändern in Firma Hopfen & Kaufmann, Max Plack, Berlin, in den Ausschluß. Die Opposition gab gegen die Genehmigung der Bilanz sowie gegen die Entlastung der Verwaltung Protest zu Protokoll. Der Betrieb der Fabrik, die stillgelegt worden ist, läßt sich nach Angabe der Verwaltung bei der heutigen Lage nicht weiterführen, da die kleine Betriebsgröße einer Rentabilität entgegenstehe und die großen Werke, wie z. B. HGB, und Siemens & Halske, immer mehr dazu übergingen, sich eigene Fabrikate anzuschaffen. Die notwendigen Fabrikate könne man wesentlich billiger von anderen Firmen kaufen als im eigenen Betriebe herstellen.

Verschiedenes

* Leipziger Immobilienbank, Bank für Grundbesitz AG. in Leipzig. In dem Zwangsversteigerungstermin für die der Walden-Baumwoll-Grundbesitzgesellschaft m. B. G. Leipzig gebührende Grundstücke in Lützenburg bei Leipzig hat die Immobilienbank das Höchstgebot von 820.000 Reichsmark ab. Der Zuschlagstermin ist auf den 28. September angesetzt. Der Versteigerung der Grundstücke wird mit 687.000 Reichsmark, der Wert des Zubehörs und Inventars mit 138.000 Reichsmark angegeben. Die gesamten Forderungen belaufen sich auf rund 865.000 Mark. Davon hätte die Immobilienbank 355.000 Reichsmark angemeldet.

Von den Warenmärkten

Hamburger Warenmarkt vom 24. September

Raffee: Die brasilianischen Angebote lauteten allgemein unverständlich. Die Terminmärkte eröffneten in ruhiger Haltung. I. Kontrakte lagen 1/2 bis 1/4 Pfennig. 2. Kontrakte schwächten sich um 1/4 Pfennig ab. Am Vorkontrakt lag das Geschäft bei letzten Preisen sehr ruhig. Gemischte Raffee unverändert Markt- und Preislage. Santos-Spezial 55 bis 61, Extra-Prima 54 bis 55, Prima 47 bis 50, Superior 44 bis 48, Wechs 41 bis 44, Rio 31 bis 40. Gewaschene: Salvador 37 bis 38 Guatemala 42 bis 44, Kolumbien 48 bis 54, Maragony 78 bis 100 Reichsmark per 50 Kilogramm unverändert.

Rafas: Infolge harter Befestigung des Newyorker Terminmarktes sind die Schilling-Preise hart erhöht worden, bleiben aber größtenteils nominal. — Acra neue Ernte loco 27,5 bis 27 Schilling, Superior-Abbildung 27 Schilling per 50 Kilogramm unverändert. Andere Preise waren nicht zu hören. — Deutsche Inland-Rafasbutter notierte bei ruhigem Geschäft unverändert.

Reis: Die Stimmung des Marktes war bei lebhaften Notierungen sehr lebhaft. Preisänderungen traten nicht ein. — Burma B10, 10, Baffin 000 glaciert 11, Moulmein 16,5, Siam 000 extra glaciert 10, degl. 0000 glaciert 17, Vaino 000 glaciert 20,5, Bruchreis 1, Sorte 9, degl. 2, Sorte 8,5, alles ab Mühle. — Joliet 18 September-Abbildung 12,5, September-Abbildung ab Mühle 18 Schilling per 50 Kilogramm eis unverändert. — Extra-Rafas hier Hele September-Abbildung 8,25, September-Abbildung ab Mühle 8,45 Dollar per 100 Kilogramm eis.

Kudenschwamm: Der Vorkontrakt lag infolge des leichten Newyorker Schlußes etwas ruhiger. Tüchliche Röhre Reinfors notierten prompt 2,18 Dollar per 100 Kilogramm netto, per November-Dezember 2,22 Dollar per 100 Kilogramm brutto. Deutsche Röhre prompt 2 Dollar per 100 Kilogramm netto.

Schmalz: Tendenz kaum stetig. Amerikanischer 20%, raffiniert 2 1/2 bis 2,2, Hamburger Schmalz 2 1/4 Dollar per 100 Kilogramm netto.

Güllentrübe: Das Geschäft verlief infolge Zurückhaltung der Käufer und Verkäufer sehr ruhig. Preise nominal unverändert. Schmalzbohnen 85, Langbohnen 85, Mittelbohnen 22 1/2, grüne Erbsen mit Schale 41, Viktoriaerbsen 20 1/2, grüne Erbsen geschält 50, grüne Splittererbsen 41, gelbe Erbsen geschält 48, gelbe

* Neue Opponenten-Gesellschaft des Leipziger Hypothekendarlehenvereins. Das sächsische Wirtschaftsministerium und das Finanzministerium haben dem Leipziger Opponentenverein in Leipzig die Ausgabe von 1 Million Reichsmark 7 1/2%iger Opponenten-Gesellschaftsrente III auf Zeigendebriefen genehmigt.

Gründungen und Beteiligungen

* Chemische Fabrik Wähler und Dr. Cypf K.-G., Osnabrück. — Eine Umgründung. In eine Aktiengesellschaft unter obiger Firma wurde die bisher „Chemische Fabrik Wähler und Dr. Cypf Kommandit-Gesellschaft“ in Berlin und Neubrandenburg firmierende Gesellschaft umgegründet. Das Grundkapital beträgt 600.000 Reichsmark.

Berliner Sterlingkurs
am 24. September
3m Mittel 16.70

* Paramount Film K.-G., Berlin. — Eine Neugründung des Paramount-Konzerns. In das Berliner Handelsregister wurde dieser Tage die Paramount-Film-K.-G., Berlin, als eine Neugründung des amerikanischen Paramount-Konzerns eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung, der Erwerb, der Vertrieb und Vertrieb von Filmen, insbesondere solche der Paramount-Produktion, der Erwerb und Vertrieb von Kinostereos und die Durchführung aller in die Filmbranche im weitesten Sinne fallenden Geschäfte unter Einschluß der Auswertung aller Erzeugnisse auf dem Gebiete des Radiowesens und der Television. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 500.000 Reichsmark.

Geschäftsabschlüsse

* Bankhaus Krosch jun. Kommanditgesellschaft auf Aktien, Leipzig. Wie wir erfahren, hat das Institut im Juli 1931 wieder mit Gewinnen gearbeitet, der jedoch wahrscheinlich größtenteils zu Abschreibungen auf Wertpapiere (in der letzten Bilanz 8.617 Mill. Reichsmark) verwendet werden soll. Eine Dividende gelangt wieder nicht zur Verteilung. Im Vorjahre wurden von dem Gewinn von 700.000 Reichsmark 400.000 Reichsmark der Rücklage und 100.000 Reichsmark einem neugebildeten Pensionsfonds überwiesen, während 190.773 Reichsmark auf neue Rechnung vorgetragen wurden (Aktienkapital 4 Mill. Reichsmark).

* Maschinenfabrik Hiltmann & Lorenz AG. in Kue. Wie wir hören, ist der Beschäftigungsgrad den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend bei den Unternehmen ein wesentlich geringerer als im Vorjahre, so daß die Kapazität nicht voll ausgenutzt werden kann. Positive Angaben über das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr 1930/31 lassen sich noch nicht machen. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, scheint es auszugehen, daß ein Ueberschuß ausgeteilt werden kann, der die Verteilung einer Dividende an die Aktionäre ermöglicht. (Im Vorjahre wurde der Reingewinn von 184.000 Reichsmark nach Abzug der 8%igen Vorzugsdividende zurückerhalten.)

* Reichel Franz Cohn K.-G. in Chemnitz. Das Unternehmen schließt das abgelaufene Geschäftsjahr mit einem Verlust von 2.552 Mill. Reichsmark ab, der fast ausschließlich durch Senkung der Materialpreise hervorgerufen wurde. Zur Deckung der Unterbilanz wurde beschloffen, das Aktienkapital um 2.108 Mill. Reichsmark auf 4.752 Mill. Reichsmark herabzusetzen, wodurch sich der Kennwert der 1000-Mark-Aktie auf 600 Reichsmark vermindert. Der durch die Zusammenlegung freiwerdende Betrag soll in Höhe von 1.200 Mill. Reichsmark zu außerordentlichen Abschreibungen auf Bestände und Anlagen, zur Auffüllung des Reservefonds auf den gesetzlichen Betrag und zur Aufrechnung auf Guthaben der Gesellschaft an Mitglieder der Verwaltung verwendet werden. Nach Mitteilung des Vorstandes betragen ausbleiblich die Gesamtverpflichtungen rund 500.000 Reichsmark gegen 1,2 Mill. Reichsmark in der gleichen Zeit des Vorjahres, bei gleichzeitig um mehr als 1 Mill. Reichsmark gestuener Passiva. Die Debitoren betragen rund 1,4 Mill. Reichsmark. Zum Zwecke der Rationalisierung wurde die Zusammenfassung der Geschäfte in dem Hauptwerk durchgeführt. Ein Teil der Nebenwerke mußte dabei stillgelegt werden. Der Geschäfts-gang ist zur Zeit befriedigend.



Prinzess-Theater

Lichtspiele

7.11.30
22.049

Prager Str. 52

Ab Freitag den 25. September! Uraufführung!

Lya Mara in der entzückenden Tonfilm-Operette „Jeder fragt nach Erika“

Das Tonfilm-Debüt einer der Gefeiertesten des deutschen Films in Friedrich Zelniks neuester Tonfilmschöpfung. Lya Maras Charme und Friedrich Zelniks Inszenierungskunst, verbunden mit den größten Erfolgen des stummen Films wie „Försterchristi“ — „An der schönen blauen Donau“ u. v. a., werden wieder das Publikum im Sturm erobern! Die weitere ganz glänzende Besetzung: Adele Sandrock — Gretl Thelmer — Walter Janssen — Ernst Verebes — Ralph Arthur Roberts — Paul Westermeyer

Lya Mara und Friedrich Zelnik sind am Freitag zur Premiere persönlich anwesend!

Wochentags 4, 7, 9 Uhr

Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr

Ein Ufa-Ton-Lustspiel!



Käthe von Nagy
Meine Frau die Hochstaplerin
Heinz Rühmann

Fritz Grünbaum
Alfred Abel
Maly Delschaft / H. Vallentin

Ein wunderbarer, ein herrlicher Film!
Selten hörte man ein derartiges Lob über einen Tonfilm!

Wegen des großen Erfolges bis Sonntag verlängert!

Ufa-Palast

Waisenhausstraße 26

Wo. 4^o 6¹⁵ 8³⁰ So. 3^o 5^o 7^o 9^o

Sonntag vormittags 11 Uhr:
Die Seeschlachten des Weltkrieges!

Palast-Theater

ALAUNSTR. 28 NAHE ALBERTPLATZ

Heute
FELIX BRESSART

Ob Infanterist — ob als Husar,
er blieb doch immer, was er war...

Der Schrecken der Garnison

Jugendliche haben Zutritt!
Werktags 5, 7, 9 Uhr Einlaß 1/2 5 Uhr
Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr Einlaß 1/2 3 Uhr
Eintrittspreise M. —,70, —,80, —,90, 1,—

FERNRUF 50071

Hotel Demnitz, Loschwitz

Heute Freitag ab 4 Uhr
Vornehmer Tanztee
Ab 1/2 8 Uhr: Der Tanz als Sport
Das vorzügl. Jazzorchester Martin Förster

Der phantastische Erfolg!



HANS ALBERS
Bomben auf Monte Carlo

Anna Sten
Heinz Rühmann
Ida Wüst
Kurt Gerron
Peter Lorre

Der Andrang wird stärker von Tag zu Tag —

Der Andrang ist nicht zu bewältigen!

Nur die Nachmittags-Vorstellung bietet Gewähr für sofortigen Sitzplatz!

U.T.

Waisenhausstraße 22
Telefon 17387

Wo. 4^o 6¹⁵ 8³⁰
So. 2³⁰ 4⁴⁰ 6⁵⁰ 9^o

Sonntag vormittag 11 Uhr:
Oberling. Dreyer:
Wie ist Amerika HEUTE

Kabarett Altmarkt
Heute und folgende Tage
3 Uhr Polizolstunde

PVG Hamburger Str. 90, Tel. 10005
kauft ständig alte Aktien
und realisiert sie

SCHAUBURG

Telephon 54836 Tonfilm Telephon 54836
Königsbrücker Straße Nr. 33 — Straßenbahnlinien 5, 7, 14, 107

Freitag-Montag

Das Tonfilmprogramm der Oberschönen / Das Tonfilmprogramm für jedermann

Das Ekel

(Jung muß man sein) mit
Max Adalbert / Evelyn Holt
Wirbelnd, tobend geistert ein kleiner Mucker über die lösende Leinwand, räsoniert, schimpft, sprudelt, kräht, beleidigt, belächelt, eine wahre Landplage, ein Prachsexemplar von Ekel. — Ferner im gleichen Programm: Das Neueste auf dem Gebiete des Tonfilms:
Der 1. Ufa-Ton-Kabarett-Film
Die hochinteressante Posttönende Wochenschau!
Jugendliche haben zur 1. Vorstellung zu halben Preisen Eintritt.

Wochentags 6.15, 8.30 - Sonntags 4, 6.15, 8.30.

Heute Freitag Anfang 7 1/2
Eldorado
Gesellschaftstanz
Erstklassige Kapelle
Steinstr. 15
1. Min. Rathenauplatz
Tel. 20010
Eintritt mit Tanz 50 Pf.
Ab 9 Uhr Eintritt mit Tanz 1 M.

Dreyer spricht
zu seinem Film
wie ist
Amerika heute!
vorm. 11 Uhr Sonntag
U.T.-Lichtspiele
Waisenhausstraße 22

Rialto-Café
Freitag nachmittag
Wiener u. Ungar. National-Musik
(Strauß, Lehár, Liszt, Hebel, Kálmán)
Orchester Horváth Sándor
mit seinen 13 Künstlern
Eintritt frei!
Tausch Kaffee à la Krakod 50 Pf.
Kreuzkorn - Gebäck

Billige Autoreifen
Durabel, Matildenstr. 15. Tel. 19256
Reparaturen gut und billig
Pelz-Umarbeiten Holbeinstr. 19.

Unterricht
Vorbereitung für Sexta
Kursusbeginn im Okt. Den Anforderungen d. Aufnahmeprüf. genau angepaßt. Akad. geb. Fachlehrer. Beste Vorjahresfolge.
Schülerheim Dr. Schneider
Gbh. 8. Brates, Sprachzeit 12-13
Dr.-A., Lötlichstr. 4. Tel. 2174.
Außer Vorderrad - Antrieb jetzt auch
8-Zyl.-Schulwagen
Autoschule Kilig
Silesener Straße 19, l. Tel. 61917
Das Karosserie Institut Dresden

Die Komödie
1/8 Hasenklein kann nichts dafür
Schwank v. Hans Mairner
Hasenklein Weack
Frau Hasenklein Helm
Trude Frank
Jandicke Tante
Dr. Anita Murr Thöne
Geb.-R.v. Schendell Oberst
Axel v. Schendell Kersten
Harry Greil Fiedler
Walzke Schreyer
Pomschel Gläse

Residenztheater
1/8 um Mitternacht
Operette von Hans Dikow
Musik von Harry Walden
Norma Barrington Kater
Lilian Barrington Schacht
Mary Sullivan Fabe
Oskar Baxter Wolf
Ronald Irving Lanza
Freddy O'Brien Kotal
Ende gegen 11 1/2 Uhr
Sbd. Pannz um Mitternacht

Central-Theater
Gastspiel Max Hansen in
8 im weißen Röckl
Singspiel nach dem
Lustspiel von Blumenthal
und Kadelburg von Hans
Müller
Musik von Ralph Benatzky
Joseph Voglsberger Fackler
Brandmeyer Hanes
Dr. Siebler Baum
Giesecke Siska
Ostille Rheingold
Hinzemann Jähig
Klärchen Bron
Stamand Hoff
Ende gegen 11 1/2 Uhr
Volksbühne: 2024-2080
Bühnenkab. I: 4850-4880
und 12131-12200
Sbd. im weißen Röckl

Greta Garbo
die besessendste Frau
der Welt
in
Der Kuß
mit
Conrad Nagel
Ein Filmwerk vollendet
deter Schauspielkunst
Wo. 5 und 9 Uhr
Stg. 4, 5, 7, 9 Uhr
Mittwoch, 30. Septbr.,
nachm. 3 Uhr
Silberkönigs
letzter Sieg
Kinder u. Jugendliche:
40 und 60 Pf.

Glória Palast
Lichtspiele
Ab Freitag
Fritz Schulz
Ralph Arthur Roberts
in dem urteilt. Militär-
Tonfilmschwank
Dienst ist Dienst
mit
Lucia Englich
Bertha Ostyn
Maly Delschaft
Lachen, Lachen, nicht
als Lachen!
Wo. 8 und 9 Uhr
Stg. 4, 5, 7, 9 Uhr
Sonabend, 26. Septbr.,
nachm. 3 Uhr
Pal u. Palachon
in **Pelikanen**
Kinder u. Jugendliche:
40 und 60 Pf.

Wieder aus
Herbftprogramm
Hofferts be-
schäftigen
Ergebnis
Händigung
zu suchen
folern auch
als die
sonde
Der Kampf
mit dem B
gemeinden,
Schiffe des
Mit de
estern noch
auch das
beraten we
handlung
in 8 ste u
Herabsetz
Häreren u
bah noch f
wird. Sch
bah ein
fabrikt
Der Schw
in der M
berer Vor
darüber f
er warte
fönnen. F
bah die
taum vor
werden di
Off
Drah
Berlin
hnerhalb
gebögen.